



ersch. täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Postbezogenheit innerhalb Reichs monatlich 1,76 RM. Einzelnummer 1 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Reutemühlweg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Haberle & Co., Wildbad; Sparbanker Gemeindefonds Wildbad. — Postfachkonto 20174 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Brief Grundpreis 10 Pf., außerhalb 20 Pf. — 14. Jahrgang 30 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenbestellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Rückforderung weg. Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 86, Telefon 479. — Wohnort: Haus Bollmer.

Das politische Drama

Feierjahr und Abrüstung

Der erste Akt ist gespielt. Aber das Spiel ist noch lange nicht zu Ende. Nach der Reparationsfrage wird vielleicht die Abrüstungsfrage den Höhepunkt des Dramas bringen, für das der Hoover'sche Feierjahrsplan die noch nicht einmal deklarierte Einleitung war. Die von dem Präsidenten Hoover betriebene Verknüpfung dieser beiden Fragen ist politisch für Deutschland eine gewisse Stärke, und die außenpolitischen Möglichkeiten, die sich zur Zeit für Deutschland eröffnen, sind vielleicht größer als je. Eine schwächliche und unvorsichtige jedem Anstoß aus dem Weg gehende Führung kann die Fragenverknüpfung zu einer noch größeren Gefahr machen. Es geht jetzt um mehr als um wirtschaftliche Interessen, denn eine gesunde Wirtschaft kann schließlich doch nur auf dem Boden einer über den Tag hinausblühenden großen Politik gedeihen.

Durch den Hooverplan ist ein inneres Abhängigkeitsverhältnis zwischen den deutschen Tributzahlungen und den Zahlungen der Kriegsschulden der Verbündeten an Amerika hergestellt. Das ergibt auch nach dem Ablauf des Feierjahrs eine Gemeinsamkeit, die ihr Schwergewicht auf eine Gesamtregelung beider Fragen ausüben wird. Die Erkenntnis hierfür zeigt sich in Amerika heute schon in weiten Kreisen, und Hoover selbst hat es in seiner Erklärung ausgesprochen, daß eine Ursache der Weltkrise die „auferlegten Lasten“ seien. Die „Newport Times“ erklärte, der Hooverplan sei unhaltbar und müsse den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend geändert werden. Hier scheint sich endlich der Ausblick zu eröffnen, daß die unheilvolle Wirkung der Friedensverträge durch einen weiteren Schritt des Hauptgläubigers aus der Welt geschafft werden kann.

Hoover hat aber auch mit nicht mißzuverstehendem Ernst darauf hingewiesen, daß die Weltwirtschaftskrise ebenso sehr mit dem Vertrauen der Völker zusammenhängt, und es wird bereits angekündigt, daß die nächste diplomatische Tat Hoovers der Abrüstung gelten werde. Der Kampf um die Abrüstung, deren völkerrechtliche Behandlung in all den Jahren bisher ein ausgelegter Schwindel war, wird ungleich schwieriger und gefährlicher sein als beim Feierjahr. Wenn aber wirklich etwas für die Welt erreicht werden soll, dann wird Amerika noch zäher und unbedingter sich zeigen müssen als in den letzten Pariser Verhandlungen. Unter dieser Voraussetzung eröffnen sich, wie gesagt, für Deutschland günstige Aussichten, die es entschlossen und zielbewußt fördern muß. Andernfalls würden wir zu einem Schaden kommen, der durch das Feierjahr nicht aufgewogen würde.

Dreißte englische Zumutungen

Unterstützung der politischen Forderungen Frankreichs

London, 9. Juli. Der „Daily Herald“, das Hauptblatt der Arbeiterpartei, fordert die deutsche Reichsregierung auf, auf die Arbeiten an den deutschen Panzerkreuzern zu verzichten, wenigstens bis das Hoover'sche Feierjahr um sei. Ebenso solle Deutschland die Zollunion mit Oesterreich aufgeben und diesen Plan nur in Verbindung mit der ganzen Frage des europäischen Wiederaufbaus ins Auge fassen. Artikel in gleichem Sinn wurden in der „Times“, im „Daily Telegraph“ und im „Manchester Guardian“ veröffentlicht.

Bestimmung und gebührende Abweisung in Berlin

Berlin, 9. Juli. Die Aufforderung der englischen Blätter an Deutschland, es solle eine entgegenkommende Geste unternehmen und zur Beruhigung Europas dadurch beitragen, daß es auf den Weiterbau der „Ersatz Lothringen“ verzichte, haben in Berlin Bestimmung hervorgerufen, wenn man auch „überzeugt“ ist, daß es sich bei den Ausführungen dieser Blätter um keine amtlichen Anregungen handle (?). Man muß darauf hinweisen, daß die Begründung, Deutschland solle zur Festigung Europas beitragen, insofern ganz abwegig ist, als Deutschland ja nicht durch eigene Schuld in die Krise hineingeraten ist, daß der größte Teil der Verantwortung dafür doch die anderen Mächte tragen, die durch ihre unvernünftige und unverständliche Haltung Deutschland, Europa und die ganze Welt in eine solche Lage gebracht haben. Man muß weiter auf das geradezu abföhrde Verhältnis zwischen den Flotten der verbündeten Mächte und derjenigen Deutschlands hinweisen, dem der Versailler Vertrag nur ganz unzulängliche überalterte Schiffe gelassen hat. Ueberdies würde die Einstellung des Baus des Panzerkreuzers, der sich über mehrere Jahre erstreckt, zu den schwerwiegendsten wirtschaftlichen Folgen führen. Gegenüber der weiteren Forderung der englischen Blätter, Deutschland solle doch in der Frage der Zollunion nachgeben, kann man nur auf die demnächst statt

Tagespiegel

Dr. Luther ist von London nach Paris abgereist.

Der preussische Landtag hat den Volksbegehrensantrag des Stahlhelms auf Auflösung des Landtags mit 229 gegen 190 Stimmen abgelehnt. Es kommt nun also zum Volksentscheid.

Der englische Außenminister Henderson wird nach seinem Besuch in Berlin bzw. Hubertusstock nach Paris reisen, um sich mit Briand zu besprechen.

Am 11. Juli soll in London eine große nationale Abrüstungskundgebung in der Albert-Halle stattfinden, an der Mac Donald teilnehmen will.

Der österreichische Nationalrat hat mit Zweidrittelmehrheit ein Gesetz angenommen, durch das die Bundesregierung bis zum 15. Oktober 1931 ermächtigt wird, Handelsverträge durch Verordnung in Kraft zu setzen, wenn der Nationalrat nicht tagt.

findenden Verhandlungen vor dem Haager Gerichtshof beruhen.

Italien und der Vatikan

Rom, 9. Juli. Der Beifall, den die Enzyklika des Papstes im katholischen Ausland gefunden hat, hat die Beziehungen zwischen dem vatikanischen Vatikan und dem Vatikan verschärft, und es wird erwogen, das Laterankontordat zu kündigen. In einem halbamtlichen Artikel des „Giornale d'Italia“ wird erklärt, die Enzyklika zur Verurteilung der „Katholischen Aktion“ sei ein heftiger Akt von Feindseligkeit, der das nationale Gewissen Italiens beleidige und eine Bewegung ankündige, die nicht mehr religiös, sondern politisch sei. Die Enzyklika sei in einem Augenblick gekommen, wo die Fragen über Tribute und Kriegsschulden und andere große europäische Fragen, an denen Italien mit seinen Lebensinteressen beteiligt ist, zur Tagesordnung stehen. Die Enzyklika habe Italien aufs heftigste im Ausland an. Infolgedessen haben die antifaschistischen Parteien, von den Freimaurern bis zu den Kommunisten und mit ihnen vereint die Katholiken, eine Orgie von Beschimpfungen auf Italien losgelassen. Die italienische Nation könne nicht dulden, daß sich gegen ihren Staat irgendwelche fremde Mächte erheben.

Der „Messaggero“ fordert die Kündigung des Kontordats, nachdem die Absicht des faschistischen Italiens, durch das Kontordat den Frieden zwischen Kirche und Staat herzustellen, gescheitert sei. Die katholische Aktion habe sich als eine politische Einrichtung erwiesen, zum Zweck der Bekämpfung des faschistischen Regimes. Der Faschismus könne die Folgen der Kündigung des Kontordats ruhigen Muts vor den Augen der Welt auf sich nehmen, denn nicht er trage die Verantwortung für dieses unabwendbare Ereignis.

Das „Giornale“, die „Tribuna“ und der „Popolo di Roma“ wenden sich scharf gegen einen Aufsatz in der Berliner „Germania“ für die Enzyklika und gegen den Faschismus in Italien.

Neue Nachrichten

Die Sachverständigenkonferenz am 17. Juli

London, 9. Juli. Die Konferenz der Sachverständigen wird am 17. Juli in London eröffnet werden. Ob außer Deutschland auch Oesterreich, Ungarn und Bulgarien teilnehmen werden, ist noch nicht bekannt, dagegen wünscht Frankreich die Beteiligung Polens und des Kleinen Verbands. Gegen eine folgende Ministertagung sträubt sich die französische Regierung immer noch, weil sie befürchtet, daß dann die ganze Tributfrage aufgerollt werden könnte. Amerika wird durch den Vorschlagsrat Maroiner in Paris als Beobachter vertreten sein.

Dr. Luther in London

London, 9. Juli. Reichsbankpräsident Dr. Luther ist heute über Amsterdam hier eingetroffen. Von London aus wird er noch einige wichtige Finanzplätze besuchen, um dann am 13. Juli an der 13. Verwaltungsratsitzung der Tribuitbank B.I.I. in Basel teilzunehmen.

Dr. Luther wünscht anscheinend die Verhandlungen über

Wobinex verhütet den Raucherkatarrh, reinigt den Atem

einen größeren Rediskontkredit (man spricht von einigen hundert Millionen), der auf den Namen der Trägerin der neuen Kreditaufnahmen — selbst zu führen. Trägerin der neuen Kreditaufnahmen — selbst zu führen.

Stimson in Rom

Rom, 9. Juli. Der amerikanische Staatssekretär Stimson ist gestern abend in Rom eingetroffen und begeistert begrüßt worden. Heute begannen seine Verhandlungen mit Mussolini über Finanz- und Wirtschaftsfragen, sowie über die Abrüstung.

Die Pariser Presse wendet sich gegen die „Nachschäffen“ Stimsons gegen die Rüstungen Frankreichs, die doch nur eine Abwehr des deutschen Vertrauens seien. (!)

Norwegischer Flottenbesuch in Kiel

Kiel, 9. Juli. Heute vormittag sind drei norwegische Landboote durch den Nord-Offsee Kanal zu mehrtägigem Besuch im Kieler Hafen eingetroffen. Das norwegische Panzerschiff „Lordenstjöld“, das sich infolge der Stürme in der Nordsee verspätet hatte, lief nachmittags ein.

Erdölbrand. Im Erdölgebiet von Bloești (Rumänien) gerieten unter mächtigen Explosionen drei Bohrtürme in Brand. Durch die fliegenden Trümmer wurden noch zwei große Ölbehälter und ein Arbeiterwohnhaus in Brand gesetzt. Vor dem Strom brennenden Oels konnte die nahegelegene Ortschaft Scorte nur mit großer Anstrengung gerettet werden.

Württemberg

Stuttgart, 9. Juli. Aenderung der Beamtenpolitik im Rathaus. Das Bürgermeisteramt hat im Hinblick auf den Abmangel in Höhe von etwa 6 Millionen Reichsmark einen Sparerlaß an die einzelnen Ämter ergehen lassen. Von der Inneren Abteilung des Gemeindefats wurde, wie der „Schwäbische Merkur“ berichtet, beschlossen, daß Haushaltsposten innerhalb der einzelnen Ämter nicht mehr übertragen werden dürfen, so daß nicht verwendete Etatmittel an die Stadtkasse zurückzuführen. Außerdem wurde beschlossen, daß wahllose Beförderungen städtischer Beamten in Stuttgart nicht mehr stattfinden dürfen. Es soll ein genauer Stellenplan aufgestellt werden. Nur wenn eine Stelle bei einem Amt frei wird, kann sie wieder besetzt werden. Alle Stellen müssen in Zukunft ausgeschrieben werden.

50 Jahre alt. Die beiden württembergischen Zentrumsmänner werden 1931 50 Jahre alt, und zwar Justizminister Dr. Beyerle am 27. August und Staatspräsident Dr. B o l z am 15. Dezember.

Vorschriften über die Prüfung für den mittleren Justizdienst. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat durch eine Verordnung im Regierungsblatt die Vorschriften über die Prüfung für den mittleren Justizdienst neu geregelt. Die an der bisherigen Regelung vorgenommenen Aenderungen beziehen sich namentlich auf die von den Anwärtern zu fordernde Schulbildung, wonach grundsätzlich der Besitz eines Zeugnisses der mittleren Reife, das vom Württ. Kultusministerium anerkannt ist, oder eines gleichstehenden Zeugnisses verlangt wird; ferner auf die Prüfungsgegenstände, unter denen das alte württembergische Privatrecht mehr zurücktreten soll, und auf die Wiederholung der Prüfung. Die Verordnung soll am 1. November 1931 in Kraft treten und erstmals auf die Prüfung im Jahr 1932 angewendet werden. Unberührt bleiben die Vorschriften des Justizministeriums über die Annahme von Kandidaten durch die Bezirksnotare, wonach bis auf weiteres jährlich nur eine beschränkte Zahl von Anwärtern zugelassen wird.

Nachweis der Staatsangehörigkeit vor dem Standesamt. Eine Verordnung des Justizministeriums bestimmt: Da der Begriff des Gemeindebürgers durch Art. 23 der am 1. Dezember 1930 in Kraft getretenen neuen Gemeindeordnung einen veränderten Inhalt bekommen hat, scheidet künftig der Besitz des Gemeindebürgerrechts für die Feststellung der Staatsangehörigkeit aus. Soweit daher die Staatsangehörigkeit nicht amtsbekannt ist, ist regelmäßig die Vorlage eines förmlichen Staatsangehörigkeitsausweises oder einer sonstigen, die Staatsangehörigkeit zweifelsfrei nachweisenden Urkunde zu fordern. Auch ein Zeugnis, wonach jemand das Bürgerrecht in einer württembergischen Gemeinde bis 30. November 1930 besessen hat, ist kein genügender Nachweis.

Um die Theaterzuschüsse. Der Württ. Theaterbund hat gestern in einer Mitgliederversammlung zur Frage der Kürzung des staatlichen Zuschusses für die Landes-theater folgende Entschlieung angenommen: „Der Württ. Theaterbund hat mit erster Vorantritt Kenntnis angenommen von

